



pax
christi

Rundbrief

Rottenburg-Stuttgart

- Nr. 58
- Mai 2016





Liebe Leserin, lieber Leser,

der Frühling ist da, nun bricht in der Natur wieder alles auf, Blüten und Knospen – alles wird neu.

Auch für jede/n Einzelne/n von uns stellt sich die Frage: *Haben wir den Mut zu einem neuen Aufbruch?* Nach dem Osterfest und dem Jubel über die Auferstehung Jesu sind wir nämlich gefragt: *Sind wir bereit, anders zu leben, oder überwiegt unsere Angst? Ist es an der Zeit, sich zu positionieren, somit einen Standpunkt zu haben und überzeugt und überzeugend sich mit anderen zusammenzutun?*

Mut machen wollen uns Menschen wie Paul Schobel mit seiner deutlichen Rede beim Ostermarsch: Zum Teilen und Lieben fordert er auf.

Silvia Bopp ermöglicht uns einen Einblick in die Friedensarbeit der Mutlanger Pressehütte – nicht nur die Vergangenheit zählt, sondern Jugendliche in der heutigen Zeit werden angesprochen und sind aktiv.

Claudia Möller stellt das Erfolgsprojekt »Servicestelle Friedensbildung« vor, das von Lehrerinnen und Lehrern gerne angenommen wird.

Über neue Aktionen der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« kann Koordinator Benno Malte Fuchs berichten. Es tut sich was in unserem Ländle!

Ein besonders wichtiger Beitrag in diesem Rundbrief stammt von Volker Türk, der in der Bischofskonferenz in Schöntal zum Thema »Flucht und Migration« nicht nur über den aktuellen Stand berichtet hat, sondern eine Vision entfaltet und Europa, die Politik und uns Europäer/-innen in die Pflicht nimmt. Wie halten wir es mit Europa?

Mit diesem Rundbrief möchten wir neue Aspekte ansprechen, den vielen Akteuren und Akteurinnen in der Friedensarbeit eine Öffentlichkeit bieten und Mut machen, selbst aktiv zu werden.



Ihre

Susanne Hellstern

Susanne Hellstern

Mitglied im Erweiterten Leitungsteam von pax christi und in der Rundbrief-Redaktion

Zum Titelbild:

»Die Weltenfahrer« von Daniel Wagenblast in Stuttgart-Möhringen
(Foto: Christian Turrey)

Eine Erdkugel, auf der drei Menschen in unterschiedlicher Höhe zu sehen sind. Wo ist auf der Erde oben – immer da, wo Norden ist? Glauben wir das vielleicht nur, weil wir auf der Nordhalbkugel leben? Die Neuseeländer und Australier sehen das wahrscheinlich anders.

Ändern auch wir ab und zu unseren Standpunkt und damit unseren Blickwinkel – und schon sieht alles ganz anders aus.

Eine neue Vision gegen die

Auszüge aus dem Referat des Stellvertretenden UN-Flüchtlingshochkommissars für Schutzfragen Volker Türk, das er beim Studientag der Deutschen Bischofskonferenz zu Fragen von Flucht und Migration im Kloster Schöntal am 17. Februar 2016 gehalten hat.

(...)

Europa ist heute viel stärker als in vergangenen Jahrzehnten mit den Auswirkungen der globalen Flüchtlingstragödie konfrontiert. Dies ist unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar ist aber auch, dass die meisten Flüchtlinge in der Region bleiben, aus der sie kommen. Um genau zu sein: Die meisten Schutzsuchenden können noch nicht einmal ihr Heimatland verlassen.

Von den viel zitierten über 60 Millionen Menschen, die weltweit heute auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung und massiven Menschenrechtsverletzungen sind, zählen zwei Drittel zu den sogenannten Binnenvertriebenen. Gemeint sind Flüchtlinge im eigenen Land, Menschen, die oft unter schwierigsten Bedingungen zwischen den Fronten in einem Bürgerkrieg ausharren müssen, weil Fluchtwege in die Sicherheit über internationale Grenzen hinweg versperrt sind.

Ich erwähne dies, nicht um die Entwicklung in Europa in den letzten Monaten kleinzureden, aber aus Sicht einer Organisation, die simultan mit so vielen Nothilfeinsätzen auf verschiedenen Kontinenten beschäftigt ist wie niemals zuvor in ihrer mittlerweile 65-jährigen Geschichte.

Angesichts der Dimension von Flucht und Vertreibung mit ihren immensen humanitären und sozio-politischen Auswirkungen auf die Betroffenen wie die Aufnahmegesellschaften wird heute beim Flüchtlingsschutz vielerorts und gerade hier in Europa bisweilen die Systemfrage gestellt. Ist der Flüchtlingsschutz, wie wir ihn kennen, als fundamentale Verpflichtung, verankert im Völkerrecht, noch zeitgemäß?

»Das Leben wird nach vorne hin gelebt und nach hinten hin verstanden«, heißt es bei Kierkegaard. In diesem Sinne ein kurzer Blick zurück:

Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge waren in den 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts weltweit rund 175 Millionen Menschen auf der Flucht. Allein durch den Bürgerkrieg in China wurden damals zeitweise 90 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen bzw. vertrieben, durch die Weltkriegskatastrophe in Europa waren es 60 Millionen (dazu gehörten auch zwölf Millionen Deutsche) und durch die in dieser Zeit erfolgte Trennung des indischen Subkontinents in zwei unabhängige Staaten – Indien und Pakistan – 20 Millionen.

Umso bemerkenswerter ist es, dass inmitten einer globalen epochalen Zeitenwende mit all ihren furchtbaren Verwerfungen das moderne internationale Flüchtlingsrecht gleichsam als Antwort der Zivilisation auf die Barbarei entstanden ist.

Re-Nationalisierung der Flüchtlingspolitik



Mit der Genfer Flüchtlingskonvention wurde ein im Völkerrecht verankerter individueller Schutzanspruch etabliert und dabei zudem verknüpft mit der ausdrücklichen Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten, sich an das Non-refoulement-Gebot (die Nicht-Zurückweisung) zu halten, das heißt niemanden in eine Verfolgungsgefahr abzuschieben, und Flüchtlingen eine ihrer Situation gemäße Rechtsstellung zukommen zu lassen.

Darüber hinaus ist die Genfer Flüchtlingskonvention ein Manifest dafür, dass es keine nationalstaatlichen Lösungen gibt, will man angemessene Antworten finden, die den Opfern von Flucht und Vertreibung selbst wie auch den Staaten und Gesellschaften gerecht werden, die diese Menschen aufnehmen und im ganz elementaren Sinne schützen. Internationaler Flüchtlingsschutz bedeutet Teilung der Verantwortung. In diesem Sinne heißt es in der Präambel des Abkommens, dass sich aus der Gewährung von Schutz schwere Belastungen für einzelne Länder ergeben können und deshalb eine Lösung der Probleme ohne internationale Zusammenarbeit nicht erreicht werden kann.

Dieser Grundgedanke lässt sich unmittelbar auf die derzeitige Situation übertragen, gerade auch mit Blick auf die größte Flüchtlingstragödie unserer Zeit vor den Toren Europas.

Allein die so unheilvoll miteinander verwobenen Konflikte in Syrien und Irak haben 14 Millionen Menschen heimatlos gemacht –

eine Größenordnung von Flucht und Vertreibung, die tatsächlich an die Folgen des Zweiten Weltkrieges erinnert. Die Auswirkungen dieser Konflikte haben mittlerweile Europa erreicht in Gestalt von Hunderttausenden von schutzsuchenden Menschen, die nicht mehr an eine grundlegende Wende hin zum Frieden in ihrer Heimat glauben, ebenso aber auch die Hoffnung verloren haben, dass sich ihre Lebenssituation in den Erstaufnahmestaaten der Region verbessert. Es sind junge Menschen und vor allem auch junge Familien, wo die Eltern alles daran setzen, ihren Kindern eine Chance auf eine Zukunft zu geben.

Eine erfolgreiche Bewältigung der Flüchtlingskrise im Nahen Osten ist aber nur in einer internationalen Verantwortungsteilung möglich, in die sowohl die Erstaufnahmeländer von Flüchtlingen als auch Europa in einem solidarischen und fairen Ausgleich eingebunden sind. Das heißt, eine Strategie, die sowohl dem Flüchtlingsschutz dient als auch den Anliegen der Aufnahmestaaten und ihren Bevölkerungen Rechnung trägt, muss komplementär in dreifacher Weise wirken:

Es braucht eine energische Unterstützung für die Erstaufnahmeländer, um die Lebenssituation der Flüchtlinge zu verbessern. Es braucht ferner die geordnete Aufnahme von Flüchtlingen in Staaten außerhalb der Konfliktregion, also die Eröffnung sicherer

Wege, um das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, und schließlich braucht es auch einen gemeinschaftlichen Ansatz in Europa. (...)

Bei der Frage nach der Eröffnung gefahrloser Wege aus der Krisenregion ist aus meiner Sicht zumindest Anlass zu vorsichtigem Optimismus gegeben. Deutschland hat mit den humanitären Aufnahmeprogrammen für syrische Flüchtlinge einen Weg gezeigt, der an zwei klassische Instrumente der internationalen Flüchtlingspolitik im Zeichen der Verantwortungsteilung anknüpft und diese weiterentwickelt. Das ist zum einen das sogenannte Re-settlement, also die geordnete, organisierte Aufnahme von Flüchtlingen mit besonderen Schutzbedürfnissen aus Erstaufnahmeländern durch die Bereitstellung von entsprechenden, in der Zahl großzügigen Kontingenten. Zum anderen sind dies weitere Formen der Aufnahme, ob durch humanitäre oder Arbeits-Visa, vor allem aber durch den erweiterten Familiennachzug, dem auch in den deutschen humanitären Aufnahmeprogrammen Rechnung getragen wurde.

Wir sind der Überzeugung, dass der Familiennachzug, natürlich auch in seiner klassischen Form mit Blick auf die Kernfamilie, ein wesentlicher Baustein für einen Ansatz ist, der Menschenleben rettet, der Gefahr der Ausbeutung durch Schlepper begegnet und der Integration von Flüchtlingen dient. (...)



Was die Situation in Europa angeht, so fällt es derzeit allerdings schwer, Optimismus zu bewahren. Lassen Sie mich klar sagen: Ohne den herausragenden Beitrag einiger weniger Staaten wie Deutschland, Schweden oder Österreich bei der Aufnahme Schutzsuchender – und dies gilt für Politik, Verwaltung und Gesellschaft – wäre es in Europa in den letzten Monaten zu einer katastrophalen Situation mit unabsehbaren humanitären Folgen gekommen. Klar ist auch: Die Haltung, es einigen wenigen Ländern zu überlassen, Flüchtlingschutz für eine große Zahl von Menschen zu leisten, ist mit dem Gedanken der internationalen Verantwortungsteilung nicht zu vereinbaren. Sie steht einem der tragenden Prinzipien, aus dem die Genfer Flüchtlingskonvention entstanden ist und ihre zivilisatorische Kraft schöpft, diametral entgegen.

Die Krise, von der heute überall in Europa die Rede ist, erscheint so vor allem auch eine Krise der Verantwortungsteilung, der Solidarität, des zwischenstaatlichen Vertrauens und der Grundwerte zu sein, die das Fundament der EU bilden. Die Krise zu meistern, kann nicht auf den Schultern einiger weniger Staaten in Europa ausgetragen werden. Ebenso wenig wird es Staaten gelingen, sich durch einen Alleingang der Krise zu entledigen. Es geht nur gemeinsam, völkerrechtliche Verpflichtungen des internationalen Flüchtlingssschutzes mit den verzweifelten Hoffnungen Schutzsuchender in Einklang zu bringen.

Aus dieser Grundhaltung heraus hat UNHCR von Anfang an die von der EU-Kommission gebündelten Bestrebungen unterstützt, durch neue Ansätze dem offensichtlich erodierenden europäischen Asylsystem im Angesicht rasant steigender Flüchtlingszahlen einen solidarischen Schub für die Zukunft zu geben. Neu in diesem Jahr ist ein gemeinsamer Hilfsplan von über 60 Organisationen unter der Federführung von UNHCR und IOM mit einem Volumen von rund 550 Millionen US-Dollar, der mit Blick auf die Flüchtlingskrise in Europa vor rund zwei Wochen veröffentlicht wurde. Was vor einem Jahr noch kaum vorstellbar war, ist heute Realität: Wir sehen die Notwendigkeit, mitten in Europa selbst im Bereich der humanitären Hilfe und hier unter anderem in der Bereitstellung von Unterkünften einen Beitrag zur Stabilisierung der Situation vor allem in Griechenland zu leisten. (...)

Es ist viel Kritisches gesagt worden über die Bemühungen zur Harmonisierung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik. Darüber wurde mitunter vergessen, dass die EU gleichzeitig auch der Motor war bei der Weiterentwicklung des internationalen Flüchtlingsrechts und durchaus viele Lücken auf der rechtlichen wie praktischen Ebene geschlossen wurden. Unabhängig von der Umsetzung in die Praxis gilt: Es wurden EU-weit Standards für die Behandlung von Flüchtlingen vereinbart und rechtlich kodifiziert, die auch für das internationale, globale System zum Flüchtlingschutz positive neue Maßstäbe setzten. Qualität und Solidarität sollten dabei als Eckpfeiler europäischer Asylpolitik gelten. Es ist offensichtlich, dass es vor allem an innereuropäischer Solidarität, dem gegenseitigen Vertrauen und Willen bislang fehlt, die unabdingbar sind für ein funktionierendes zwischenstaatliches System.

Vielleicht bietet die Krise, diese außergewöhnliche derzeitige Situation, auch die Gelegenheit, über außergewöhnliche Maßnahmen nachzudenken. Vielleicht muss man der derzeitigen Tendenz zur Re-Nationalisierung der Flüchtlingspolitik eine neue Vision entgegensetzen, die auf alten, aber heute wie damals relevanten Traditionen und Werten beruht. Schließt man sich diesem Gedanken an, dann kann es in Zukunft nicht mehr nur um ein zwischenstaatliches Asylsystem in Europa gehen, sondern es muss auf eine supranationale Grundlage gestellt werden. Dazu braucht es zunächst eine entsprechende institutionelle Vereinbarung, die eine gerechte Verteilung von Verantwortung innerhalb der EU garantiert.

Dies würde in der Konsequenz bedeuten, auf gewisse Aspekte nationalstaatlicher Souveränität zu verzichten, um zum Beispiel eine in diesem Sinne funktionierende europäische Asylbehörde und als Berufungsinstanz ein unabhängiges EU-Gericht einrichten ►

zu können. Zudem braucht es ein verbindliches, gemeinsames EU-Asylgesetzbuch (Code), in dem substanzielle Rechte auch im Verfahren und in Standards festgelegt werden. Die Verteilung der Schutzsuchenden innerhalb der EU könnte ähnlich wie hier in Deutschland durch einen bestimmten Schlüssel und anhand von festzulegenden Kriterien erfolgen, begleitet von kompensatorischen Maßnahmen. In einem Zwischenschritt könnten effektivere Mechanismen zur Verantwortungsteilung innerhalb der EU eingeführt werden und bestimmte Kategorien von Asylgesuchen in EU-Aufnahmeeinrichtungen bearbeitet werden, um die Betroffenen dann je nach Ausgang des Verfahrens innerhalb der EU zu verteilen oder gegebenenfalls in die Heimat unter EU-Aufsicht zurückzuführen. (...)



Möglicherweise ist dies auf längere Sicht die letzte Möglichkeit, bei der Frage der Zuständigkeit für die Überprüfung von Asylverfahren einen grundlegenden Konstruktionsfehler des heute praktisch danniederliegenden europäischen Asylsystems zu korrigieren.

Darüber hinaus muss an den Grenzen ein Vorgehen erfolgen, das dem Gedanken des Flüchtlingsschutzes effektiv Rechnung trägt. Es ist selbstverständlich das legitime Interesse von Staaten, irreguläre Migration zu kontrollieren. Flüchtlingen und Schutzsuchenden es aber möglichst unmöglich zu machen, legal Zuflucht zu suchen oder einen Familiennachzug zu ermöglichen, hat nicht zuletzt zur Stigmatisierung von Flüchtlingen geführt und zudem dem Schleuserunwesen Auftrieb verschafft. Reguläre Wege in den effektiven Flüchtlingsschutz zu eröffnen, bleibt nach meinem Dafürhalten deshalb (...) eine der großen Zukunftsaufgaben europäischer Asylpolitik.

Dies gilt ebenso für das dringend notwendige verstärkte internationale Engagement der EU, das wir nicht nur im Nahen Osten

brauchen, sondern in den vielen Krisengebieten dieser Welt, die keine Schlagzeilen machen, wo aber die Finanzierung von Hilfsprogrammen oft noch schwieriger ist und die Konsequenzen aus humanitärer Sicht noch verheerender sein können als zum Beispiel in den Nachbarländern Syriens.

Ich würde mir deshalb gerade auch im Zeichen der Krise von der EU weitere starke Signale wünschen, vor allem ein umfassendes Bekenntnis zur europäischen Kooperation sowie ein konkretes Angebot für einen globalen Pakt zu mehr Verantwortungs- und Lastenteilung beim Umgang mit Flüchtlingen. Am 19. September wird die Generalversammlung der Vereinten Nationen dazu beraten und hoffentlich so einem globalen Pakt einen wichtigen Anstoß geben. Ich bin froh, mit diesem Wunsche alles andere als allein zu sein. Erlauben Sie mir mit einem Satz des Papstes zu enden (...): »Auf die Globalisierung des Phänomens der Migration muss mit der Globalisierung der Nächstenliebe und der Zusammenarbeit geantwortet werden ...« Treffender und vom Inhalt her abschließend kann man es aus meiner Sicht kaum formulieren.

*Der österreichische Jurist **Volker Türk** aus Linz wurde am 12. Februar 2015 von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zum Beigeordneten UN-Flüchtlingshochkommissar für Schutzfragen ernannt. Volker Türk hat seine gesamte berufliche Laufbahn dem Schutz und der Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen gewidmet und blickt auf eine 25-jährige Karriere beim UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR zurück.*

»Flucht und Vertreibung gehören zu den globalen Herausforderungen unserer Zeit.«
(António Guterres, UN-Flüchtlingskommissar)

Auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 setzt sich UNHCR weltweit dafür ein, dass Menschen, die von Verfolgung bedroht sind, in anderen Staaten Asyl erhalten. Laut seinem Mandat hat UNHCR auch die Aufgabe, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Dazu gehören die freiwillige Rückkehr, die Integration im Aufnahmeland oder die Neuansiedlung in einem Drittland. In zahlreichen Ländern betreibt UNHCR humanitäre Hilfsprogramme für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer.

UNHCR wurde am 14. Dezember 1950 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York gegründet, um den Flüchtlingen infolge des Zweiten Weltkriegs Hilfe zu leisten. Am 1. Januar 1951 nahm UNHCR seine Arbeit auf.

www.unhcr.de

- Das vollständige Referat kann aufgerufen werden unter: http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2016/2016-Studientag-Migration-Fluechtlinge-Volker-Tuerk-Referat.pdf
- Fotos: www.pixabay.com



Europa muss sich neu erfinden

Europa, der Kontinent, der aus der Asche der Kriege vor über 70 Jahren gegründet wurde, steht in diesem Jahrzehnt vor den größten Herausforderungen seiner Geschichte. Menschen, die Europa verbunden sind, sprechen mit Blick auf die historische Entwicklung von den Werten, die Europa verkörpert, wie Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Kultur und Solidarität. Diese friedensschaffende Seele hat es vor einigen Jahren sogar zum Friedensnobelpreisträger geschafft.

Doch heute fragen wir uns, wie verwurzelt sind diese Werte in Europa, wenn wir das Gefühl im Bauch haben, dass die Banken und die Wirtschaft die Regierungen vor sich her treiben und der Neoliberalismus unsere globale Verantwortung bestimmt?

Europäische Firmen tragen in Afrika dazu bei, dass Menschen unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen für unseren Wohlstand Coltan, Wolfram, Gold oder Tantal abbauen müssen. Die Reste unserer Hühner ruinieren kleinbäuerliche Hühnerbetriebe, oder die EU schließt mit den 54 afrikanischen Ländern Handelsverträge ab, um die Märkte durch einseitige Subventionen zu erobern. Hinzu kommt der hemmungslose und unkontrollierte Rüstungsexport an Drittstaaten wie Entwicklungsländer. Mit den Waffen werden Regierungen destabilisiert und Rebellen mobilisiert.

Dies alles führt zu einer Kultur der Konfliktlösung durch Gewalt. Die Folgen sind Menschen, die auf der Flucht an Mauern und

Zäunen der EU ankommen. »In den Lagern vor der EU-Festung wird man nur am Leben gehalten«, so schreien es die Menschen uns entgegen. Das Gefühl von Mitverantwortung ist in den Machtzentralen der Regierungen und in Brüssel verloren gegangen. Frauen, Männer und Kinder suchen Schutz und Frieden im gelobten Europa.

Diese dramatische Situation radikalisiert besonders junge Männer, die mit Gewalt und Terrorismus antworten. Oft kennen sie keine anderen Lösungsansätze. Die Folgen sind, dass z. B. der IS mit deutschen Gewehren auf uns schießen wird.

Für die Europäische Gemeinschaft ist ein radikaler Kurswechsel notwendig. Eine Rückbesinnung auf die Gründung und die Werte müssen mit einem überzeugenden Schuldbekenntnis der Regierungen einhergehen. Von Europa aus muss eine neue Kultur des Dialogs durch zivile Konfliktbearbeitung ausgehen. Für das globale Handeln benötigen die Länder im Nahen Osten und in Afrika neue glaubwürdige europäische Vorbilder. Hierzu gehören Verhandlungen mit allen Konfliktparteien auf Augenhöhe.

Das bedeutet, dass sich die EU an einigen Stellen neu erfinden muss. Ein »Weiter so – und durch!« wird nicht zum Erfolg führen. Die Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten benötigt neue demokratischere und parlamentarische Strukturen mit einer gewählten Regierung. Bürgerbeteiligung bekommt Hand und Fuß, und deren Stimme muss angehört werden. Damit könnte das Auseinanderdriften von Landesteilen wie England und Schottland oder Spanien und Katalonien gestoppt werden. Die EU-Völkergemeinschaft muss sich immer wieder neu versöhnen, um zu einer vorbildlichen europäischen Stimme des Friedens und der Gerechtigkeit zu werden.

Wer eine lebendige und friedliche Völkergemeinschaft will, darf Freiheit nicht durch Sicherheit ersetzen, sondern muss neue Wege gehen! ►



Harald Hellstern

Sprecher der Kommission
Rüstungsexport –
Deutsche Sektion



Zum Bild auf Seite 6
(Foto: Harald Hellstern):

Das Skulpturen-Ensemble des in Bodman lebenden Künstlers Peter Lenk an der Seemeile in Radolfzell zwischen der Altstadt und dem Seemaxx trägt den Titel »Kampf um Europa« und wird vom Künstler selbst wie folgt beschrieben:

Wir leben in prosaischen Zeiten

Wer denkt heute noch an den griechischen Mythos, wenn er von Europa spricht?

Zeus, Poseidon, Aphrodite, olympisches Gelächter, wo sind sie geblieben?

Pleite-Griechen, Schuldenschnitt, Milliardenhilfe sind die Schlagwörter von heute.

Geld, Geld, Geld hat die Götter verdrängt.

Die Finanzmärkte stehlen den Menschen die Zeit, die Verweildauer auf Toiletten muss überprüft, die Siesta abgeschafft werden.

Politiker, Banker und Manager nuckeln, saugen und schmatzen an Europas Brüsten im Zeichen des Neoliberalismus.

Alternativlos.

Europas Staaten werden gemolken von einer technokratischen Elite, die weder die Fantasie von Zeus noch die Sinnlichkeit einer Europa hat.

(Siehe auch: <http://www.peter-lenk.de/skulpturen/baden-wuerttemberg/radolfzell/beschreibung.html>)

Rede von Paul Schobel beim Ostermarsch 2016 in Stuttgart

»Fluchtursachen bekämpfen«

Albert Einstein verstieg sich einmal zu dieser Bemerkung: »Der Mensch erfand die Atombombe. Aber keine Maus der Welt käme auf die Idee, eine Mausefalle zu konstruieren.« Wir aber sitzen in der selbst konstruierten Falle: Seit Jahrtausenden führt die Menschheit Krieg gegen sich selbst. (...)

Ich meine, wir tragen das Attribut »homo sapiens« so lange zu Unrecht, wie die Ausgeburt der Dummheit die Welt regiert: der Krieg. Unfähig und unwillens, Konflikte gewaltfrei zu lösen und endlich aus der Geschichte zu lernen, wäre dieser Menschenschlag mit »homo idioticus« treffender umschrieben.

Das ist es, was uns Jahr für Jahr an Ostern auf die Straße treibt: diese Idiotie, der Wahnsinn des Krieges. Daher setzen wir auch heute wieder unverdrossen das Signal: Wir werden uns nie mit Krieg arrangieren. Wir werden keine Ruhe geben, bis dieses Gespenst endlich dorthin verschwindet, wo es hingehört: in die Rumpelkammer der Geschichte.

Denn die sind es doch, die irrealen, sinnlosen Kriege, die Millionen von Menschen in die Flucht treiben. Wer Fass-Bomben von der eigenen Regierung auf den Kopf bekommt, wer erleben muss, dass ganze Städte pulverisiert werden, wer sich religiös aufgela-denen Banditen und Halsabschneidern gegenüber sieht, dem bleibt nichts anderes, als den letzten Cent für einen Schleuser zusammenzukratzen und abzuhaufen.

»Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten« (Jürgen Grässlin)

Fluchtursachen zu bekämpfen, bedeutet daher, den Krieg zu bekämpfen. Er ist ein Massenmörder, er zerstört die Lebensräume ganzer Völker und verwüstet die Seelen der Überlebenden und Hinterbliebenen. Krieg darf um Gottes und der Menschen willen nicht sein.

Wenn das so ist, dann müssen wir schon den Handlangern des Krieges, den Waffenproduzenten und Waffenhändlern, das Handwerk legen. Wir wissen ja seit Langem: »Rüstung tötet auch ohne Krieg.« Gigantische Summen, mühsam aus Erträgen erwirtschaftet, werden in den Rüstungshaushalten verpulvert, in den Tod statt ins Leben investiert. Kostbare Ressourcen und das ganze Potential an Kreativität, Fantasie und technischem Können – missbraucht, um Leben zu vernichten, statt Leben zu fördern. (...)

Eine neue »Weltformel«: Teilen, was wir haben

Wir wissen: Die Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sind ja nur die einen. Die anderen kommen aus den Hunger- und Elendsvierteln dieser Welt. Es sind jene, die wir nun als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge massenhaft zurückschicken in vermeintlich sichere Herkunftsländer. (...)

Mir scheint: Die Menschheit hat nur noch ein einziges Spiel frei. Entweder lernt sie das Teilen und macht sich Teilen zum Konzept, oder dieser Planet versinkt in Chaos, Terror und Gewalt. Wenn wir die Güter dieser Welt, Arbeit und Einkommen, nicht miteinander teilen, wird uns die Armut wie ein Tsunami überrollen. Der schert sich einen Teufel um »Obergrenzen«. Nur eine neue »Weltformel«, das Teilen, kann uns davor bewahren!



(Fotos von Paul Schobel: privat)

Kapitalismus spaltet die Völker

Was wir praktizieren, ist das genaue Gegenteil. Die kapitalistischen Länder sind keine Unschuldslämmer. Sie haben das mitverursacht, was sie nun als »Flüchtlingskrise« beklagen:

- Der Kapitalismus spaltet die Menschheit immer mehr in »Arm« und »Reich«. Ihm ist es noch nie um »Gutes Leben für alle« gegangen, um Beteiligung und Entwicklung, sondern um die pure Gier, die Mehrung der Renditen. Der Kapitalismus ist nicht willens und in der Lage, die primitivsten Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen: Nahrung, Kleidung und Wohnung. Daher ist er mitverantwortlich für den Aufruhr in der Welt und die Flüchtlingsströme. »Diese Wirtschaft tötet«, sagt der Papst, und ich pflichte ihm bei.
- Wie Blutsauger machen sich die Konzerne unter den Augen ihrer Regierungen über die armen Länder her, plündern ihre Rohstoffe, fischen ihre Meere leer und machen ganze Regionen zu Müllkippen. Wir überfluten die Agrarmärkte in Afrika mit Billig-Importen aus Europa, liefern Tomaten und Hähnchenteile und rauben den Menschen ihre Existenzgrundlage. Sie müssen fliehen, um nicht zu verhungern.

- Und nun überziehen wir die Welt auch noch mit dubiosen Handelsabkommen wie CETA und TTIP. Diese Handelsblöcke werden den »Drittländern« noch vollends den Hals abschnüren.

Erst wenn wir anders wirtschaften, solidarisch wirtschaften, die Güter dieser Welt miteinander teilen, ein gemeinsames Sozialprodukt für alle erstellen und gerecht verteilen, werden die Flüchtlingsströme versiegen.

Für eine humane Flüchtlingspolitik

Nun aber ist es das Gebot der Stunde, dass wir die Flüchtlinge annehmen, aufnehmen, ihnen Schutz gewähren und ihnen eine menschwürdige Zukunft eröffnen. Und darum appelliere ich an euch alle, liebe Friedensfreundinnen und -freunde:

- Wir sehen nicht länger zu, dass Tausende im Mittelmeer ertrinken, anrennen müssen gegen Mauern und Stacheldraht, in Lagern erbärmlich verelenden. Wir fordern sichere Fluchtwege und keine faulen Deals mit Menschenrechtsverächtern. Wir fordern Europa auf, sich endlich solidarisch zu zeigen und die Verweigerer zu sanktionieren!
- Den Flüchtlingen aber kommen wir entgegen: Wir nehmen euch hier in Schutz, wir nehmen euch in unsere Mitte. Wir respektieren euch und eure Würde.
- Wir kämpfen gegen die Nationalisten und Rassisten und gegen diese Partei, in deren scheinbar bürgerlichem Schutzmäntelchen sie sich nun verstecken.

Revolution der Liebe

(...) Im Tagebuch des unvergessenen Rudi Dutschke fand man an Ostern 1963 diese Notiz:

»Jesus ist auferstanden, Freude und Dankbarkeit sind die Begleiter dieses Tages; die entscheidende Revolution der Weltgeschichte ist geschehen, die Revolution der Welt durch die alles überwindende Liebe. Nähmen die Menschen voll die offenbarte Liebe (...) an, die Wirklichkeit des Jetzt, die Logik des Wahnsinns könnte nicht mehr weiterbestehen.«

Ja – mit dieser Revolution hätte der Wahnsinn ein Ende! Schließt euch heute noch den »Aufständischen« an. Revolutionieren wir die Welt durch die Liebe. Ich bin überzeugt: Je höher der »Sättigungsgrad« an Verständnis, Solidarität, Barmherzigkeit, desto weniger Raum bleibt für den Hass, den Terror und den Krieg.



Paul Schobel
Betriebsseelsorger i. R.
und pax christi-Mitglied
aus Böblingen

Frieden jetzt! Frieden jetzt!



Vater,

Du bist ein Ozean des Friedens.

**Die Gabe des Friedens schenkst du uns durch deinen Sohn Jesus Christus
und das Wirken des Heiligen Geistes:**

Du säst Frieden in unser Herz – durch Umkehr und Versöhnung.

**Du vertraust den Frieden unserer Verantwortung an,
indem du uns in Handwerker des Friedens verwandelst,
damit wir ihn aufbauen mit »Leidenschaft, Geduld, Erfahrung und Beharrlichkeit«.**

**Du möchtest, dass unsere Familien Friedensschulen sind,
wo wir dich besser hören, dich aufnehmen und dir nachfolgen.
So entstehen Worte und Gesten des Verzeihens und des Zuhörens,
der Zwiesprache und der Zärtlichkeit, der Liebe und der Versöhnung.**

**Mögen die Kinder und Jugendlichen vorangehen
in eine Zukunft in Frieden!**

**Begleite uns in unserer vielfältigen Verantwortung
in unserem sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Leben.
Hilf, dass wir den Respekt vor dem Leben verbreiten, vor Menschen und vor der Schöpfung.
Steh uns bei, damit wir solidarisch, geschwisterlich und gerecht sind
und tätig für das Gemeinwohl.**

**Nimm in deinem Haus all diejenigen auf, die als Opfer der Kriege gestorben sind.
Bewege die Herzen der Gewalttäter, damit sie umkehren zu dir
und damit auch sie tatkräftige Friedensstifter werden.
Stärke die Opfer in ihrer Würde und gib ihnen Mut, um Vergebung anbieten zu können.**

**Möge uns Maria, die Königin des Friedens, helfen,
das Herz zu entwaffnen, die Gerechtigkeit, die Versöhnung und den Frieden zu leben,
damit überall die Zivilisation der Liebe geboren wird.**

Amen.

Gemeinsam die Friedensbildung in Schulen stärken

Die neue »Servicestelle Friedensbildung« stellt sich vor

Krieg und Frieden, Migration und Flucht, Terror, Gewalt und Radikalisierung – all dies sind Themen, die seit Monaten zunehmend unseren Alltag beherrschen. Es sind nicht zwangsläufig neue Themen, doch beschäftigen sie uns immer wieder aufs Neue. Auch in unseren Schulen sind sie präsent und treiben die Schülerinnen und Schüler um. Fragen nach Flucht und Krieg, aber auch Fluchtursachen und damit verbundene Konfliktlösungsstrategien sind Themen, die Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht mit ihren Schülerinnen und Schülern herausfordern und von ihnen bearbeitet werden wollen – und dies fächerübergreifend. Hier und an vielen anderen Stellen kann Friedensbildung ihren Beitrag leisten.

Wie können Lehrerinnen und Lehrer mit dieser Herausforderung umgehen?

Bereits seit vielen Jahren bieten Vereine, Organisationen und Verbände aus dem Bereich der Friedensbewegung und -pädagogik Unterrichtsmaterialien und -konzeptionen an, um gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern Unterrichtsstunden, Projektstage und -wochen zu gestalten. Dabei widmen sie sich Themen wie zivile Konfliktbearbeitung, -prävention und Friedenskonsolidierung, aber auch Fragen der Abrüstung, von Flucht und Krieg und gewaltfreien Friedensstrategien. Die Themen haben nie an Aktualität verloren – im Gegenteil. Mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Monate ist es umso wichtiger geworden, Friedensbildung in den Schulen Baden-Württembergs zu fördern und zu stärken und die Lehrerinnen und Lehrer dabei zu unterstützen.

Die »Servicestelle Friedensbildung« – Hintergründe & Struktur

Um die Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen zu stärken und dafür notwendige und unterstützende Strukturen zu schaffen, unterzeichnete Kultusminister Andreas Stoch mit damals 14 Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bereich der Friedensbewegung und -pädagogik am 30. Oktober 2014 eine »Gemeinsame Erklärung«. Im Folgenden kamen noch einmal drei weitere Partner hinzu, sodass das Vorhaben nun von insgesamt 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen breitflächig unterstützt wird. Zu den Unterzeichnern gehören neben kirchlichen Einrichtungen auch Gewerkschaften, Vereine und Verbände, die sich bereits seit vielen Jahren im Bereich der Friedensbildung engagieren. Auf Basis dieser »Gemeinsamen Erklärung« wurde schließlich ein Vertrag zwischen dem Kultusministerium, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) sowie der Berghof Foundation geschlossen, der am 17. April 2015 unterzeichnet wurde. Kern dieses Vertrages ist die Einrichtung einer »Servicestelle Friedensbildung«, die in gemeinsamer Trägerschaft der Unterzeichner personell und organisatorisch bei der LpB angesiedelt ist.

Die Servicestelle mit ihrem Sitz im Tagungszentrum der LpB »Haus auf der Alb« versteht sich als zentrale Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstelle für alle Lehrerinnen und Lehrer des Landes, schulform- und fächerübergreifend, sowie alle staatlichen, halb- und nicht-staatlichen Akteure aus dem Bereich der Friedensbildung und -pädagogik.

In ihrer täglichen Arbeit wird die Servicestelle kontinuierlich begleitet von einer Steuerungsgruppe, deren fünf Mitglieder aus den Bereichen Friedensforschung, Friedensbewegung sowie Kultusministerium, LpB und Berghof Foundation offiziell durch den Kultusminister berufen wurden. Die Steuerungsgruppe wie auch die Servicestelle können darüber hinaus auf die Expertise eines Beirates zurückgreifen, in dem alle 17 Unterzeichner der »Gemeinsamen Erklärung« vertreten sind.



Seit dem 1. August 2015 leite ich nun diese Servicestelle. Mein Name ist Claudia Möller, und ich bin von Hause aus Friedens- und Konfliktforscherin. Vor meiner Tätigkeit bei der LpB Baden-Württemberg war ich u.a. als Referentin im Bereich der Freiwilligendienste und außerschulischen politischen Bildung in Sachsen-Anhalt tätig. Ich freue mich nun sehr, meine Erfahrungen aus der politischen Bildung zusammen

mit meinem Hintergrund als Friedens- und Konfliktforscherin in diese spannende Arbeit, den Aufbau der Servicestelle Friedensbildung, gemeinsam mit all den engagierten Netzwerkpartnerinnen und -partnern einbringen zu dürfen. Die Entwicklungen in Baden-Württemberg gelten bundesweit als Meilenstein in der Stärkung und Förderung der Friedensbildung, und es begeistert mich, Teil davon sein zu können.

Was bietet die »Servicestelle Friedensbildung«?

Die Angebote der Servicestelle richten sich im Wesentlichen an die Lehrerinnen und Lehrer an den baden-württembergischen Schulen. Über die Servicestelle erhalten sie Informationen und Materialien rund um die breit gefächerten und interdisziplinären Themen der Friedensbildung. Gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern entwickelt die Servicestelle selbst auf die aktuellen Bildungspläne zugeschnittene Materialien, bietet Beratung für deren Einsatz im Unterricht und vermittelt bei Bedarf qualifizierte Referentinnen und Referenten sowie Teamerinnen und Teamer.



Seit dem 1. August 2015 fanden in diesem Zusammenhang bereits mehrere Veranstaltungen statt. Hervorzuheben ist eine Teamer/-innen-Schulung im Februar 2016 zu dem Ausstellungskonzept »Peace Counts School« der Berghof Foundation sowie eine Lehrkräfte-Fortbildung an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen am Standort Comburg zum Thema »Flucht und Krieg im Unterricht mit Jugendlichen – Brennpunkt Syrien/Nahost«. Letztere war derart stark nachgefragt, dass es noch in diesem Jahr zwei weitere Termine für Nachrückende geben wird.

Die Angebote und alle Informationen zur Arbeit der Servicestelle finden Sie auf der Website www.friedensbildung-bw.de sowie im direkten Kontakt mit mir.

Servicestelle Friedensbildung
 Claudia Möller (Fachreferentin und Leiterin)
 LpB-Tagungszentrum »Haus auf der Alb«
 Hanner Steige 1
 72574 Bad Urach
 Tel.: +49-7125-152-135
 Fax: +49-7125-152-145
 E-Mail: Claudia.Moeller@lpb.bwl.de

Unterzeichnende Organisationen der »Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen«

- Abteilung Jugendpastoral des Erzbischöflichen Seelsorgeamts der Erzdiözese Freiburg
- act for transformation gem. eG
- Altkatholische Kirche in Baden-Württemberg
- Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Kinder- und Jugendwerk Baden
- Berghof Foundation
- Bischöfliches Jugendamt der Diözese Rottenburg-Stuttgart
- Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee
- DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg
- Friedensbündnis Esslingen
- Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg
- Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg
- Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- pax christi-Diözesanverband Freiburg
- pax christi-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Baden-Württemberg
- Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden

Mitglieder der Steuerungsgruppe (Stand: April 2016)

- Prof. Dr. Michael C. Hermann,
 Leiter des Bereichs Kommunikation, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Uli Jäger,
 Programme Director für Friedenspädagogik & Globales Lernen, Berghof Foundation in Tübingen
- Karl-Ulrich Tempel,
 stv. Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Hagen Battran,
 GEW Baden-Württemberg
- Dr. Thomas Nielebock,
 Akademischer Oberrat, Institut für Politikwissenschaft im Bereich Friedensforschung/Internationale Beziehungen an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Verdrängt die Bundeswehr aus den Schulen!

Erste Aktionen der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden«



In Baden-Württemberg gibt es inzwischen seit Jahren die Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden«. Für dieses Schuljahr hat die Kampagne eine finanzielle Unterstützung von der Bewegungstiftung erhalten, die es ermöglicht, Aktivitäten zu intensivieren.

Karriereberater/-innen der Bundeswehr versuchen an Schulen die Jugendlichen für Krieg zu begeistern und die Existenz der Bundeswehr zu rechtfertigen. Im letzten Quartal haben schon einige Aktionen stattgefunden, um dem Einhalt zu bieten.

In Stuttgart-Feuerbach kooperierte die Kampagne mit einer lokalen Friedensinitiative, um vor zwei Schulen gegen die Präsenz der Bundeswehr an diesen Schulen zu protestieren.

In Konstanz war vonseiten der Bundeswehr am internationalen Tag gegen Kindersoldaten ein Besuch an der Geschwister-Scholl-Schule geplant gewesen. Eine gute Mobilisierung dagegen und ein Artikel im »Seemoz«-Magazin konnten diesen allerdings verhindern.

So war es möglich, in Bad Saulgau die Aktion des »Red Hand Day« mit dem Protest gegen die Bundeswehr am Berufsschulzentrum zu verbinden: Es wurden mehrere Dutzend rote Hände von Schülern gesammelt, die interessiert unsere neuen Flyer und Postkarten mitnahmen. Dabei konnten auch intensive Gespräche mit Jugendlichen geführt werden, die planten, an der Grundausbil-

Auszug aus einer Pressemitteilung vom 17. März 2016

Ausstellung in Zwangsarbeiterbaracke eröffnet

Schwäbisch Hall (hdgbw) – In der deutschlandweit einzigen Zwangsarbeiterbaracke in einem Freilichtmuseum wird am Sonntag, 20. März 2016, in Schwäbisch Hall-Wackershofen eine Ausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg eröffnet: Sie zeigt die bewegenden Schicksale der ausländischen Arbeitskräfte, die dort einquartiert waren, und das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zu ihnen. Der Wiederaufbau der Baracke, die einst in Schwäbisch Hall-Hessental stand, und die Einrichtung der Ausstellung kosteten rund 150.000 Euro. Ermöglicht wurde das Projekt vor allem durch die Förderung der Baden-Württemberg-Stiftung sowie des Freundeskreises des Hauses der Geschichte, der Wüstenrot-Stiftung und durch die Würth KG.

»Wir wünschen uns, dass mit unserer Ausstellung die Erinnerung an dieses Kapitel deutscher Geschichte wachgehalten wird«, sagte Prof. Dr. Thomas Schnabel, der Leiter des Hauses der Geschichte (...). »Es zeigt, wie groß selbst in einer Diktatur die Möglichkeiten Einzelner sind, ausgegrenzte Menschen entweder anständig zu behandeln oder zu schikanieren.« (...) »Mit dem Gebäude der einstigen Fassfabrik Kurz vermitteln wir nicht nur ein Stück Schwäbisch Haller Geschichte«, betonte die Ausstellungsleiterin des Hauses der Geschichte, Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger. »Es ist die Aufgabe der Ausstellung, prinzipielle Fragen zu stellen: Wie reagierte die Bevölkerung auf die Fremden? Wie ging man unter diesen extremen Bedingungen miteinander um? Gab es Unterschiede zwischen den Nationalitäten der Barackenbewohner?«

Foto: www.hdgbw.de



Die Ausstellung erklärt, dass der Status der Zwangsarbeiter sehr ungleich war. Je »arischer« sie waren, umso besser wurden sie behandelt. »Auf fliehende Russen ist sofort zu schießen, mit der festen Absicht, zu treffen«, lautete eine Anordnung der Gestapo Stuttgart. Französinnen und Franzosen dagegen standen in dieser Rangordnung weit oben. Ein Teil der 69 Porträtfotos von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der Ausstellung macht die Unterschiede augenfällig. Wie verschieden die Einheimischen mit den Zwangsarbeitern umgingen, wird in der Museumsbaracke ebenfalls deutlich. Die einen halfen, steckten den Ausgebeuteten

derung der Bundeswehr teilzunehmen. Man konnte sehen, wie wichtig es für sie war, sich mit alternativen Ideen zu befassen und eine auch kritische Haltung gegenüber der Bundeswehr über den Dialog mit uns zu reflektieren.

In Böblingen konnten Aktivisten und Aktivistinnen aus Stuttgart und Tübingen zusammengebracht werden, um sich gegen die Werbungsoffensive der Bundeswehr einzusetzen.

Auch an die Landespolitik hat die Kampagne bereits appelliert: Es wurden vor den Wahlen Fragen an alle Landtagskandidaten geschickt, auf die zahlreich geantwortet wurde. Insbesondere verwunderlich hierbei war der Gesinnungswechsel der Grünen, die vor der letzten Wahl noch versprochen hatten, die Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr zu kündigen. Druck auf Politiker/-innen auszuüben ist wichtig, um unsere Forderungen in die Realität umzusetzen.

In Begleitung der Aktionen vor Ort wurden an alle Schulen in Baden-Württemberg, die Karriereberater der Bundeswehr willkommen heißen, Briefe an die Rektoren, den Elternbeirat und die Schülermitverantwortung verschickt. Auch die Homepage der Kampagne wurde komplett neu überarbeitet, sodass junge Menschen sich nun angesprochen fühlen können.

Für die nächsten Monate sind zahlreiche Aktionen gegen Karriereberater an Schulen geplant, an denen man sich gerne zahlreich beteiligen kann. Je bunter der Protest, umso größer ist meist der Erfolg.

Ein anderer Bereich, auf den die Kampagne mobilisiert, sind Protestaktionen: »Kein Tag der Bundeswehr« am 11. Juni in Stetten am Kalten Markt gegen den sogenannten »Tag der Bundeswehr«. Wir hoffen auch hier auf die tatkräftige Mitwirkung unterschiedlichster Beteiligter. Wir freuen uns immer über kreative Ideen und Anregungen, wie wir der Bundeswehr einen Strich durch die Rechnung machen können. Zusammen sind wir stark!

Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden
c/o DFG-VK Baden-Württemberg
Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Tel.: (0711) 51885601
E-Mail: fuchs@dfg-vk.de
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de



Benno Malte Fuchs

Studium der Erziehungswissenschaft (Tübingen) sowie Frieden und Konflikttransformation (Basel); zurzeit Koordinator der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden«

Essen zu, obwohl es verboten war. Andere diffamierten und misshandelten sie.

Die Geschichte der Zwangsarbeiter, die eingeeengt in der schmutzigen und stickigen Baracke bei oft extremen Temperaturen ihr Dasein fristeten, steht im Mittelpunkt der Ausstellung. Sie informiert aber auch über die massenhafte Produktion des Gebäudetyps, der ein zentrales Mittel der menschenverachtenden Effizienz der Nationalsozialisten beim Einsatz von Zwangsarbeitern war. Und sie beschäftigt sich mit der Fassfabrik und der Nutzung der Baracke nach dem Zweiten Weltkrieg als Unterkunft für Heimatvertriebene und Gastarbeiter.

Die RAD-Baracke steht unmittelbar neben dem Eingang des Hohenloher Freilandmuseums. »Sie entspricht so gar nicht den gängigen Vorstellungen von Gebäuden, die im Freilandmuseum ihren Platz finden«, sagte Museumsleiter Michael Happe. »Die Baracke aus Hessental soll dazu beitragen, dass die Geschichte der Menschen nicht vergessen wird, denen in der jüngeren Vergangenheit großes Unrecht widerfahren ist.«

(...)

Die RAD-Baracke Typ RL IV/3

Baracken wurden in der Zeit des Nationalsozialismus als Unterkünfte für den Reichsarbeitsdienst hunderttausendfach produziert. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie auch für das Militär genutzt sowie in Arbeits-, Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern. Die Baracke auf dem Gelände der Fassfabrik Kurz in Schwäbisch Hall-Hessental hatte das Haus der Geschichte mit Hilfe des Hohenloher Freilandmuseums im Jahr 2000 vor dem Abriss bewahrt und eingelagert. 2012/13 ist sie auf dem Gelände des Freilandmuseums in Wackershofen wieder aufgebaut worden.

Zwangsarbeit

Während des Zweiten Weltkriegs lebten rund 13 Millionen Ausländer in Deutschland, davon 2100 in der Stadt Schwäbisch Hall. Zeitweise stand an jedem vierten Arbeitsplatz ein Zwangsarbeiter. Ohne sie konnten Industrie und Landwirtschaft kaum am Laufen gehalten werden. In der Fassfabrik Kurz arbeiteten rund 350 Ausländer. 125 davon waren französische Kriegsgefangene, die übrigen Zivilisten kamen vor allem aus Russland, der Ukraine und Polen. Sie waren zwischen 15 und 60 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Zivilisten waren Frauen. Das Haus der Geschichte gibt in der Baracke mit Fotos dem Schicksal von 69 Menschen ein Gesicht. Die Namen von weiteren 193 Personen, die bei Schwäbisch Haller Firmen arbeiten mussten, wurden recherchiert.

Die Fassfabrik Kurz

Die Hessentaler Fassfabrik wurde 1890 gegründet und florierte vor allem in den Weltkriegen, weil Metall knapp und dadurch Holzprodukte gefragt waren. Der Ingenieur Karl Kurz übernahm das Unternehmen 1925 und machte es zu einem der wichtigsten Industriebetriebe der Region Schwäbisch Hall. Kurz trat nie in die NSDAP ein und wurde einmal wegen regimiekritischer Äußerungen inhaftiert. Dennoch bemühte er sich aktiv um Zwangsarbeiter, über deren Behandlung in der Fabrik es widersprüchliche Aussagen gibt. Nach dem Krieg wuchs die Fassfabrik weiter. Der Umstieg von Holz auf Kunststoffe gelang. Doch wegen zu hoher Investitionskosten musste die Fassfabrik 1998 Konkurs anmelden.

Ausstellung im Hohenloher Freilandmuseum
Dorfstraße 53 (Navigationssysteme: Moorwiesenweg)
74523 Schwäbisch Hall // www.wackershofen.de

Die Kritischen Aktionäre verweigern dem Daimler-Vorstand die Entlastung

In der Pressemitteilung vom 1. April 2016 veröffentlichen die Kritischen Aktionäre ihre Position zur Hauptversammlung der Daimler AG am 6. April und verweisen auf ihre Gegenanträge. Trotz Rekorddividende verweigern sie dem Daimler-Vorstand die Entlastung wegen Fremdvergabe von Arbeit, dem Export von Militärfahrzeugen und der Vergiftung von Trinkwasser durch Daimler-Formel-1-Sponsor PETRONAS.

Stuttgart – »Trotz einer Rekorddividende verweigern wir dem Daimler-Vorstand auf der Hauptversammlung die Entlastung«, so Paul Russmann, Sprecher der Kritischen Aktionäre (KAD). »In unseren Gegenanträgen kritisieren wir Dieter Zetsche wegen der Vergiftung von Trinkwasser im Südsudan durch den Formel-1-Sponsor PETRONAS, den Export von Mercedes-Militärfahrzeugen in menschenrechtsverletzende Staaten sowie wegen der Fremdvergabe durch Leiharbeit und Werkverträge.«

KAD-Sprecherin Beate Winkler-Pedernera kritisiert in ihrem Gegenantrag »die weitere Zusammenarbeit der Daimler AG mit dem Formel-1-Hauptsponsor PETRONAS, obwohl PETRONAS seit Jahren durch die unsachgemäße Entsorgung aus der Ölproduktion das Trinkwasser einer ganzen Region vergiftet und damit Leben und Gesundheit der Menschen aufs Spiel setzt. PETRONAS beschmutzt den Ruf der Daimler AG.«

Beate Winkler-Pedernera wirft dem Daimler-Vorstand darüber hinaus vor, »trotz guter Ertragslage Arbeit weiterhin verstärkt fremd zu vergeben. Leiharbeit und insbesondere Werkverträge führen zu Billiglöhnen beim Premiumhersteller Daimler.« Winkler-

Pedernera fordert ein »Zurück zu Festanstellungen und damit gleichen Bedingungen für gleiche Arbeit«.

»Daimler-Chef Zetsche soll sofort den ungebremsen Export von Mercedes-Militärfahrzeugen und Actros-Panzertransporten in Krisen- und Kriegsgebiete stoppen«, verlangt KAD-Sprecher Jürgen Grässlin. »Menschen müssen vor Panzern fliehen, die – wie im Libyen-Krieg – auf Daimler-Transportern ins Kriegsgebiet transportiert wurden. Hemmungslos exportierte Mercedes auch Militärfahrzeuge unter anderem an menschenrechtsverletzende Regime in Saudi-Arabien, Syrien und Pakistan, wo die Menschenrechte unter die Räder geraten – oder Menschen zur Flucht gezwungen werden.«

Die Kritischen Aktionäre fordern den Daimler-Vorstand auf: »Bleiben Sie nicht auf halber Strecke stehen. Nach dem von uns geforderten und vollzogenen Ausstieg der Daimler AG aus den Rüstungsschmieden EADS und Tognum / Rolls-Royce-Power-Systems muss jetzt bei Mercedes Military vollständig auf zivile Fahrzeugproduktion umgestellt werden.«

Die Gegenanträge der Kritischen Aktionäre Grässlin, Russmann und Winkler-Pedernera auf www.kritischeaktionaeere.de.



Paul Russmann
Vorstand
Kritische Aktionäre

Unser Mut wird langen, nicht nur in Mutlangen ...

In den 80er-Jahren wurde Mutlangen als Standort der Pershing II weltweit bekannt durch den gewaltfreien Widerstand und zivilen Ungehorsam gegen Atomwaffen. Die Friedensvereine in Mutlangen sind heute noch

Noch immer gibt es weltweit 15 850 Atomwaffen laut SIPRI-Studie vom Juni 2015. Die Zahl der Atomwaffen sinkt zwar, doch die Gefahr eines Einsatzes wächst, so die Einschätzung von Experten. Derzeit arbeiten alle Atommächte an einer Modernisierung der Atomwaffenarsenale. Auch die in Deutschland/Büchel stationierte Atombombe B 12 ist Bestandteil des US-amerikanischen Modernisierungsprogramms.

Das Bildungstool www.nuclearfreeeducation.de ist die Webseite des Bildungsangebotes der Pressehütte. Ein Werkzeugkoffer

aktiv! Sie halten die Erinnerung an die Vergangenheit aufrecht und setzen sich weiterhin durch gewaltfreie Aktionen sowie in Workshops und Vorträgen für die atomwaffenfreie Welt ein.

für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, die in ihren Bildungsangeboten mit jungen Menschen das Thema Atomwaffen bearbeiten möchten.

Letztes Jahr hat die Pressehütte einen 30-minütigen Dokumentarfilm gedreht; er erzählt von den historischen und heutigen Aktionen der Friedensbewegung: »Unser Mut wird langen, nicht nur in Mutlangen.« Er kann für 12 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden bei: silvia.bopp@pressehuette.de.



Marco Politi:
Franziskus unter Wölfen
Der Papst und seine Feinde
 Herder-Verlag, 19,99 Euro
 E-Book 15,99 Euro

In seinem 2015 auf Deutsch erschienenen Buch »Franziskus unter Wölfen« beschreibt Marco Politi die ersten drei Jahre von Papst Franziskus im Vatikan. Der deutsch-italienische Journalist Politi gilt als einer der besten Insider des Vatikans und schreibt für italienische und deutsche Zeitungen wie »Die Zeit« und die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Chronologisch wird Jorge Mario Bergoglio und sein Werdegang zunächst in Buenos Aires, danach vor dem Konklave in Rom bis hin zur Wahl des Papstes vorgestellt, und zugleich treten seine Gegenspieler mit ihren Positionen auf den Plan. Mit Beginn seines Pontifikats begleitet Politi das Wirken von Franziskus weiter und zeigt auf, wie dieser Papst die Kirche mit seiner Vision revolutionieren will und ihren Platz an der Seite der Armen und Benachteiligten sieht.

Das Buch ist verständlich, flüssig und spannend geschrieben, man erfährt sehr viel vom Denken, der Vision und der Überzeu-

gung von Franziskus, die er authentisch lebt. In Zitaten und Interviews wird die Sichtweise von Franziskus deutlich, und Weggefährten sowie Mitstreiter dieser neuen Kirchenpolitik werden vorgestellt.

Genauso beschreibt Politi die kriminellen Machenschaften der Vatikanbank und ihrer Verantwortlichen sowie die beinahe revolutionären Absetzungen und Neuernennungen. Wie tief verstrickt Kirchenvertreter, Politiker und die Mafia in diesem Geflecht waren, ist in diesem Kapitel klar herausgearbeitet. Man kann den Verdienst von Franziskus, diesen Sumpf trockenlegen, gar nicht genug würdigen.

Allerdings gilt auch hier: Mit jedem seiner radikalen Schritte wächst die Menge seiner Feinde beständig an. Die engen Verbindungen von wichtigen Mafiafamilien und der Kirche werden anhand von Beispielen verdeutlicht. Franziskus hat mit seiner Entscheidung, Mafiaanhänger zu exkommunizieren, den Zorn dieser Familien auf sich gezogen.

Das Buch legt ebenfalls den Widerstand der zahlreichen konservativen Kirchenvertreter gegen den ersten Teil der Familiensynode und ihre Argumente dar, und man erfährt vom spannenden Ringen um Positionen hinter den Kulissen.

Zunächst scheint Franziskus für seinen revolutionären Kurswechsel in der katholischen Kirche einen vorübergehenden Sieg davongetragen zu haben, doch die Umsetzung steht noch aus, und seine Feinde wissen sich sehr öffentlichkeitswirksam zu formieren und sich zu wehren.

Politis Fazit: Noch ist unklar, ob die Revolution gelingt, aber es geht um die Zukunft unserer Kirche.

Susanne Hellstern

Mitglied im Erweiterten Leitungsteam von
pax christi und in der Rundbrief-Redaktion
 (siehe auch Seite 2)

30 Jahre Engagement für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen



Unser Mut wird langan – nicht nur in Mutlangen.

Die DVD gibt einen Einblick in den gewaltfreien Widerstand der Friedensbewegung.
 (Inklusive Bonusmaterial 57 Minuten)
 € 12,- zzgl. Versandkosten

Freiraum – Die Abo-Zeitschrift der Pressehütte Mutlangen. Jahresabonnement (4 Ausgaben) € 12,-

Bestellungen für DVD und „Freiraum“ bitte an:
 Pressehütte Mutlangen, Forststraße 3
 73557 Mutlangen, post@pressehuette.de



Silvia Bopp

Referentin für Friedensbildung und Projektkoordinatorin bei der Pressehütte Mutlangen

► Mai 2016

Samstag, 07.05., 16 Uhr, Birnau
Gedenkfeier für die Opfer von Faschismus
und Krieg, KZ-Friedhof Birnau;
Hauptredner: Harald Hellstern, Stuttgart

Sonntag, 08.05., 14 Uhr, Stuttgart
Friedenspolitischer Stadtrundgang
»Der Haken am Kreuz«;
Treffpunkt: St. Eberhard, Königstr. 7a;
7,- Euro, Jugendliche 5,- Euro

23.–29.05., Leipzig
Katholikentag

► September 2016

**23.–25.09., Ludwigsburg-
Hoheneck**
pax christi-Diözesanversammlung



Vorsitzende gesucht

Gesicht zeigen und *pax christi* eine Stimme geben

Im *pax christi*-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart ist seit einigen Jahren die Stelle der ehrenamtlichen Vorsitzenden vakant. Zur Diözesanversammlung im September 2016 suchen wir eine engagierte Frau, die sich neuen Aufgaben stellen möchte.

Wenn Sie eine interessante Herausforderung suchen, sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen und neue Akzente in einem ökumenischen und friedenspolitischen Diözesanverband setzen möchten, sind Sie bei *pax christi* Rottenburg-Stuttgart richtig.

Aufgaben einer Vorsitzenden:

- Politische Leitung des Diözesanverbandes gemeinsam mit dem Vorsitzenden und dem Leitungsteam
- Voranbringen von Friedensthemen in Politik, Diözese und Gesellschaft
- Repräsentation von *pax christi* bei Veranstaltungen von Friedensorganisationen nach Interesse und Absprache
- Kontakte zu anderen Friedensorganisationen, Netzwerken und *pax christi*-Basisgruppen nach Interesse und Absprache
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Treffen des Leitungsteams, Erweiterten Leitungsteams, des Basistags und der Diözesanversammlung
- Teilnahme an Treffen der *pax christi*-Mitgliedsverbände und der Deutschen Sektion nach Absprache

Bei Interesse und weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die Diözesanstelle oder an den Vorsitzenden Reinhold Gieringer, Tel.: (07472) 41383.
Paxchristi-rs@bo.drs.de

• Basisgruppen

Esslingen: Irmgard Hansberger, Hölderlinweg 54, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 318979

Heidenheim: Pfr. Georg Höfer, Brunnenstraße 3, 89561 Dunstelkingen, Tel. (07327) 380

Heilbronn: N.N.

Kirchheim: Karl-Heinz Wiest, Steingrubenweg 8, 73230 Kirchheim, Tel. (07021) 41132

Mössingen: Josef Benz, Marienburger Straße 23, 72116 Mössingen, Tel. (07473) 1421

Ravensburg: Klaus Dick, Aigenweg 4/1, 88214 Ravensburg, Tel. (0751) 16476

Rottenburg: Reinhold Gieringer, Am Bauschberg 40, 72108 Rottenburg, Tel. (07472) 41383

Schramberg: Roland Saurer, Höflestraße 38, 78713 Schramberg

Stuttgart: N.N., bitte bei der Diözesanstelle erfragen

Sulzbach: Marie-Louise Deichler, Am Neufeld 30, 71570 Oppenweiler, Tel. (07191) 4251

Tuttlingen: Willi Koch, Lembergerstraße 29, 78588 Denkingen, Tel. (07424) 84448

Wangen: Christa Brückner, Birkenstraße 9, 88239 Wangen, Tel. (07522) 5241

Arbeitsgruppe Nahost:

c/o Adnan Nasser, Strebelstraße 11a, 70599 Stuttgart, Tel. (0711) 4579858, a.nasser@online.de

• Impressum

Herausgegeben von

pax christi

Diözesanstelle Rottenburg-Stuttgart

Jahnstraße 30

70597 Stuttgart

Tel.: (0711) 9791-216

Fax: (0711) 9791-159

E-Mail: Paxchristi-rs@bo.drs.de

www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensarbeit:

Stefan Schneider (Adresse wie oben)

Vorsitzender:

Reinhold Gieringer

Am Bauschberg 40

72108 Rottenburg

Tel.: (07472) 41383

reinhold.gieringer@web.de

Geistliche Beirätin:

Birgit Clemens

Adlerweg 4

73326 Deggingen

Tel.: (07334) 924718

birgit.clemens@web.de

Geistlicher Beirat:

Dr. Wolfgang Gramer

Bietigheimer Str. 9/2

74321 Bietigheim-

Bissingen

Tel.: (07142) 7095011

woleole@gmx.de

Bankverbindung:

Pax-Bank eG

BLZ: 37060193, Konto-Nr.: 6031914017

IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17,

BIC: GENODED1PAX

Redaktion:

Susanne Hellstern

Christian Turrey

(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Gestaltung:

Birgit Weber

Druck:

UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart

Versand:

Neckartalwerkstätten, Stuttgart

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 700 Exemplare